



Der Erhalt der jeweiligen Kultur und Sprache steht bei den sechs autochthonen Volksgruppen naturgemäß im Mittelpunkt des Interesses. Auch der Wissens- und Wirtschaftsstandort Österreich profitiert von seiner kulturellen und geschichtlichen Vielfalt.



Fotos: Patrick Huber, Hronek Eveline, Maria Hollunder

„Wir sind stolze Österreicher!“

toten Prunkbauten der Wiener Innenstadt weiter, sondern in lebendigen Gemeinschaften und Sprachinseln der Roma, Kroaten, Slowenen, Slowaken, Ungarn und Tschechen: „Österreich war ein Vielvölkerstaat, und wir sind es heute noch. Auch wenn wir nicht immer große Beachtung finden, sind wir trotzdem noch da“, erklärt Martin Ivancsics, Sprecher der Konferenz der Volksgruppenbeiräte, stolz. Die Betonung liegt leider auf „noch“. Abseits der Verleihung von 20.606 Staatsbürgerschaften im Vorjahr (rund ein Viertel mehr als

2020) sieht man sich bei den Minderheiten zwar vorrangig als Österreicher, gehört aber irgendwie doch nicht dazu. Im Speziellen der Erhalt der Sprache ist ein mühsamer Kampf. Der Bund setze diesbezüglich zu wenig Akzente.

Mehr Geld, aber keine nachhaltigen Lösungen

Zwar wurde im Jahr 2021 die Volksgruppenförderung auf fast 8 Millionen Euro verdoppelt, eine Förderposition zur Absicherung von Volksgruppenmedien geschaffen und eine neue Länder-Vereinbarung über die

Elementarpädagogik unterschrieben – doch im Endeffekt fehle, so die einhellige Kritik, noch immer der politische Wille, die Minderheiten mit Nachdruck aus dem hintersten Eck zu holen.

Im Gespräch mit der „Krone“ betonen die Volksgruppen-Vertreter unisono, dass es aufgrund der hohen Mobilität eben eine Bundeslösung brauche und es in Sachen Bildung in der jeweiligen Volkssprache noch immer hakt. „Die Bundesregierung verändert regelmäßig die Bestimmungen. Oft passiert es, dass dabei die Rechte der Volksgruppen überse-

hen werden. Ein Klassiker war die ‚Matura neu‘, bei der dann zum Beispiel keine Prüfung in Burgenlandkroatisch zugelassen war“, so Ivancsics weiters.

Ein Blick auf die Wirtschaftsbeziehungen zu den Nachbarländern zeigt übrigens, dass gerade Angehörige der jeweiligen Volksgruppen in hoher Zahl eingebunden sind. Bei den Grenzkontrollen passiert das aber nicht, da setzt die Republik weiterhin auf Härte und boxt auch auf dem Rücken der Minderheiten eine Verlängerung durch.

Josef Poyer